

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Pl., monatlich 4,80 Pl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Pl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Pl., monatlich 5,39 Pl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Pl., Danzig 8 Gld., Deutschland 2,50 Pl.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntagsnummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einseitige viertelmillimeterzeile 125 Groschen, Danzig 10 bzw. 80 Gld. Pl. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbildung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 244.

Bromberg, Mittwoch den 22. Oktober 1930.

54. Jahrg.

## Schacht über die Weltkrise.

In der Sonntagsausgabe der New Yorker „Herald Tribune“ nimmt Dr. Schacht in einem ausführlichen Artikel zu der internationalen Wirtschaftskrise Stellung. Er stellt nach der „Voss. Ztg.“ fest, daß es sich nicht um eine normale Niedrigungsperiode handelt, sondern daß die Ursache der Weltkrise in Strukturänderungen zu suchen ist, die durch die Kriegs- und Nachkriegsentwicklungen hervorgerufen worden sind. Die Stagnation des Weltmarktes habe ihre Hauptgründe in der Errichtung zahlreicher Nachkriegsstaaten, in 2000 Kilometer neuer Zollbarrieren, in wirtschaftlich nach Antarktis strebenden Kleinmächten und nicht weniger in den Veränderungen der Wirtschafts-Psychologie großer Handelszentren, wie die sozialistische Doktrin in Rußland oder die nationalen Bewegungen in Ägypten und Indien. All diese Momente haben ein in der ganzen Welt verbreitetes Mißtrauen hervorgerufen, das die Anlage langfristiger Gelder in fremden Ländern hindert oder doch mindestens hochverzinsliche und langfristige Obligationen fordert. Die niedrigen Sätze für kurzfristiges Geld charakterisieren deutlich diese Verschiebung.

Einen besonders beunruhigenden Ausblick für den Weltmarkt liefert das deutsche Reparationsproblem. Es sei zwar ein wirtschaftlicher Gemeinplatz geworden, daß Deutschland seine Reparationen nur bezahlen könne, wenn es entsprechende Exportüberschüsse erziele, aber alle dahingehenden Anstrengungen Deutschlands sind angesichts der nationalwirtschaftlichen Tendenzen aller Welt fehlgeschlagen. Will Deutschland seine Zahlungen leisten, so muß es seinen Außenhandel um 40 v. S. steigern. Es werde sich zeigen müssen, ob es sich für Amerika und England lohne, weiterhin auf Reparationsleistungen zu bestehen und ob es möglich ist, den Weltmarkt so weit auszubauen, daß Deutschland einen Außenhandel in dem erforderlichen Maße entwickeln kann, ohne damit dem amerikanischen und dem sonstigen Weltmarkt Abbruch zu tun.

Nach Aufzeichnung der Gefahren, die von der aus künftigen, insbesondere politischen Momenten entstandenen, gefährlichen internationalen Weltlage herühren, stellt Dr. Schacht die Frage, ob die Vereinigten Staaten hoffen könnten, sich im Weltmarkt zu isolieren. Er verneint diese Frage kategorisch. Der Export sei für die Vereinigten Staaten eine wirtschaftliche Notwendigkeit, so daß sie auch für die Rohstoffzufuhr Einfuhrkonzessionen erteilen müssen. Es müsse also in der amerikanischen Absatzpolitik zur Behebung der Depression eine Änderung eintreten, auf die vielleicht die reicheren Amerikaner warten könnten, während dies in Europa unmöglich sei. Die Zunahme sozialer Unruhen in Europa sei gefährdend und löse neues Mißtrauen aus, wodurch ungünstige Einflüsse auf die Konsumkraft in dem Weltmarkt ausgehen.

Dieser circulus vitiosus kann nach Ansicht Dr. Schachts nur dadurch unterbrochen werden, daß Kapitalinvestitionen in noch unentwickelten Ländern Osteuropas, Lateinamerikas, Afrikas und Asiens erfolgen. Es seien Investitionen für produktive Zwecke, wie Maschinen, Eisenbahnen und sonstige Verkehrsmittel notwendig. Der Grundstein sei bereits durch die internationalen Notenbanken und durch die im Young-Plan verankerte internationale Kooperation gelegt (genau ist wohl die Bank für Internationale Zahlungen). Es sei die Zeit gekommen, eine internationale Wirtschaftsansicht zu schaffen, die die einzelnen wirtschaftlichen Aktionen zusammenfaßt und genügend Einfluß in der Öffentlichkeit besitzt, um die Kanäle für Reinvestitionen von Kapitalen zu öffnen. Eine solche autoritative Wirtschaftsstelle sollte aus Industriellen und Bankiers aller Länder zusammengesetzt werden, mit dem Endziel, den Weltmarkt in gemeinsamer Arbeit zu reorganisieren. Wenn man den Lebensstandard der Arbeiterklassen in den industriellen Ländern erhalten und die Arbeitslosigkeit überwinden wolle, so könne es nur durch die industrielle Entwicklung zurückgebliebener Länder und langsame Hebung ihrer zivilisatorischen Verhältnisse mit dem Ziel einer Annäherung auf den Standard der großen Industrienationen gegeben. Was nützt sei nicht Resignation, sondern Aktivität.

## Young-Plan und Weltwirtschaft.

Ausprache zwischen Schacht und Dulles.

Wie aus New York gemeldet wird, fand bei einem Festessen der Foreign Policy Association eine bemerkenswerte Aussprache zwischen Dr. Schacht und dem ehemaligen Mitglied der Reparationskommission John Foster Dulles über den Young-Plan und seine Beziehungen zur Weltwirtschaft statt. 700 Mitglieder und Freunde der einflussreichen Vereinigung, darunter hervorragende Vertreter des amerikanischen Finanzwesens und der Industrie sowie Millionen Rundfunkhörer folgten der Aussprache.

Dulles versuchte die Reparationsfrage möglichst objektiv zu behandeln und gab zu, daß die Pariser Konferenz die moralische Grundlage der Reparationsfrage völlig außer Acht gelassen habe. Die Alliierten hätten nicht die Wiedermachung der Kriegsschäden, sondern die Übertragung der eigenen Schulden auf die Schultern Deutschlands im Auge gehabt.

## 2000 Bergleute im brennenden Schacht.

Das größte Grubenunglück Deutschlands.

Alsdorf bei Aachen, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Dienstag morgen gegen 6.45 Uhr ereignete sich im Wilhelmsschacht der Grube Anna des Schweißer Bergwerksvereins in Alsdorf ein fürchterliches Unglück. Eine Stichtlamme, begleitet von riesigen Rauchwolken, schoß aus dem Schacht hervor. Zwei Förderkörbe sanken in die Tiefe. In kurzer Zeit war der Schachtlaufbau dem Erdboden gleichgemacht. In der Nähe der Unglücksstelle stürzten mehrere Häuser ein. Bis auf die Fenster der Häuser einer weit abgelegenen Straße zersprangen sämtliche Fensterscheiben. Ein schweres Rollen, einem Erdbeben gleich, machte sich bemerkbar.

Der Umfang der Katastrophe ist bisher noch nicht zu übersehen. Nach den letzten Meldungen wurden bisher 22 Tote geborgen. 30 zum Teil schwer Verletzte sind im Vordenberger Krankenhaus untergebracht. Ob es sich um eine Schlagwetterexplosion handelt, steht noch nicht fest. Alle in dem Bergwerk beschäftigten Bergleute sind verschüttet worden. Man schätzt die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten auf 200. Mit den Aufräumungs- und Bergungsarbeiten ist begonnen worden. Die genaue Zahl der Toten und Verletzten dürfte erst Dienstag abend festgestellt werden.

### 2000 Bergleute eingeschlossen.

Das entsetzliche Bergwerksunglück bei Aachen scheint Ausmaße anzunehmen, wie sie bisher in Deutschland noch nicht vorgekommen sind. Man vermutet, daß das Unglück auf eine Dynamitexplosion zurückzuführen ist. Der ganze Schachtlaufbau stand sofort in Flammen und stürzte zum Teil in den Schacht hinein. Zurzeit ist man noch mit den Löscharbeiten beschäftigt. Dauernd werden Verletzte geborgen, deren Zahl sich bisher noch nicht annähernd feststellen ließ.

Im unterirdischen Betriebe waren zur Zeit der Katastrophe etwa 2000 Bergleute eingeschlossen, über deren Schicksal bisher noch nichts bekannt ist. Man kann nicht zu ihnen vordringen, weil der brennende Schacht noch nicht passierbar ist.

Die Löscharbeiten werden mit allem Nachdruck betrieben, um den Bergleuten die Ausfahrt zu ermöglichen. Die Nachricht von dem Bergwerksunglück hatte sich in der näheren und weiteren Umgebung von Alsdorf mit

Deutschland sei abgerüstet, seine Nachbarn dagegen setzen die Rüstungspolitik trotz des in Versailles feierlich gegebenen Versprechens fort. Angesichts dieser Tatsache sei das Ergebnis der Reichstagswahlen verständlich, vielleicht sei es sogar unvermeidlich gewesen. Andererseits glaube Dulles auf eine gewisse Geldverschwendung in Deutschland hinweisen zu müssen, so daß ein großer Teil der jetzigen Schwierigkeiten selbst verschuldet sei. Pessimismus sei jedoch ungerathen, da eine mutige und kluge Führerschaft Wunder wirken könne. Trotz der starken Propaganda der nationalsozialistischen Minderheit halte er es für unmöglich, daß Deutschland mutwillig die Reparationszahlungen einstellen werde. Deutschland müsse durch Selbstvertrauen und seine Fähigkeiten im Ausland Vertrauen erwecken.

Schacht stellte den optimistischen Ausführungen Dulles über die wirtschaftliche Lage Deutschlands nackte und klare Zahlen des deutschen Gländs entgegen. Gewiß habe die deutsche Wirtschaft einen beträchtlichen Aufschwung genommen. Man darf aber nicht vergessen, daß Deutschland die Reparationszahlungen und die Zinsen für die im Ausland aufgenommenen Kredite lediglich aus Anleihen bestritten habe. Dieser Zustand könne unmöglich lange andauern.

Um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können müsse Deutschland fünf Milliarden Goldmark jährlich aus Ausfuhrüberschüssen aufbringen. Eine derartige Steigerung des deutschen Anteils am Weltmarkt sei jedoch unmöglich, da die anderen Länder sich dagegen sträubten, daß Deutschland sie von den Absatzmärkten ausschalte. Die Reparationsfrage sei keine rein deutsche, sondern eine internationale Angelegenheit. Alle Völker müßten an der Lösung mitarbeiten. Dadurch könnte auch eine der Hauptursachen der Depression der Weltwirtschaft beseitigt werden.

### Moratorium Amerikas für die früheren Alliierten?

Wie „Times“ unter allem Vorbehalt und unter Hinweis darauf, daß eine Bestätigung nicht zu erreichen sei, aus Washington melden, soll nach dort umlaufenden Gerüchten von gewissen Kreisen, zu denen in erster Linie der Sekretär des Schatzamtes, Mellon, der Untersekretär Ogden Mills und der Leiter der Federal-Reserve-Bank von New York, George Harrison, gehören, der Plan eines Moratoriums

Windeseile verbreitet. In Tausenden umstehen Reugierige und die Angehörigen der noch eingeschlossenen Bergleute das Schachtgelände und warten auf Nachrichten. Sämtliche Ärzte, Sanitäter usw. von Alsdorf, Aachen und den umliegenden Städten sind zur Unglücksstelle abkommandiert, um Hilfe zu leisten.

### Die Belegschaft einer Sohle lebt.

Telephonische Verbindung.

Köln, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Bis 10½ Uhr sind von der großen Katastrophe bei Alsdorf 22 Tote geborgen und eine große Anzahl Schwerverletzte in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Der Umkreis der Schachtanlage bildet ein großes Trümmerfeld, die Explosion des Sprengstofflagers erfolgte auf der 200 Meter-Sohle.

Mit den auf der 450 Meter-Sohle beschäftigten Bergleuten besteht telephonische Verbindung. Die Verschütteten haben sich auf Anruf als lebend gemeldet.

Das Technische Bureau des Schachtes, das ebenfalls eingeschätzt ist, hat alle darin befindlichen Angestellten unter sich begraben. Von ihnen wurden bisher drei Tote und mehrere Schwerverletzte geborgen.

### Die Unglücksgrube.

Aachen, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Schächte von Alsdorf fördern hochwertige Kohle verschiedener Sorten. Von Bergwerksunglücken sind diese Schächte des Wilhelmsschachtes, Anna I und Anna II in den letzten Jahren nicht mehr heimgesucht worden, als dem Durchschnitt der deutschen Steinkohlenbergwerke entspricht. Auf Anna I ereignete sich in den ersten Kriegsjahren eine mittelgroße Bergwerkskatastrophe, die 50 Menschen das Leben gekostet hat. Die bisherigen Untersuchungen sind soweit fortgeschritten, daß die Ursache der Katastrophe in Kürze genau wird festgestellt werden können.

### Das Gruben-Sicherheitsamt zur Katastrophe.

Um 12.05 Uhr geht uns kurz vor Redaktionsschluss noch folgende Meldung über die Alsdorfer Katastrophe zu.

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Telegraphen-Union von dem Vorsitzenden des preussischen Gruben-Sicherheitsamtes erfährt, sind auf dem Alsdorfer Unglücksgrube bereits alle Maßnahmen getroffen worden, um die zahlreichen in den tieferen Sohlen arbeitenden Bergleute in Sicherheit zu bringen. Die umliegenden Gruben sind geräumt.

für die Schuldentilgungen der früheren Alliierten an die Vereinigten Staaten erörtert werden.

Schon die kaum mehr als theoretische Bereitschaft der amerikanischen Regierung, solche Maßnahmen in Ermäßigung zu ziehen, müßte allein alle diejenigen ermutigen, die von der Notwendigkeit einer entschlossenen Aktion seitens der Vereinigten Staaten in einer nicht allzu fernen Zukunft überzeugt sind.

Von dem Aufenthalt Dr. Schachts in Amerika wissen die „Times“ weiter zu melden, daß der frühere Reichsbankpräsident am Sonnabend eine halbstündige Unterredung mit dem Staatssekretär Stimson gehabt habe und am Sonntag den Präsidenten Hoover und den Schatzsekretär Mellon sprechen sollte. Über den Inhalt der Unterredung mit Stimson sei nichts Näheres bekannt, aber Dr. Schacht habe beim Verlassen des Bureaus des Staatssekretärs Pressevertretern gegenüber sich dahin geäußert, daß nach seiner Überzeugung Deutschland früher oder später gezwungen sein werde, ein Moratorium für seine Reparationszahlungen zu beantragen. Auf die Rückwirkungen eines solchen Schrittes in internationaler Beziehung sei Dr. Schacht nicht näher eingegangen.

## Antideutsche Woche.

Oberschlesische deutsche Minderheitenführer beim Wojewoden Kattowitz, 21. Oktober. Am Sonnabend vormittag intervenierten beim schlesischen Wojewoden als Vertreter der deutschen Minderheit die Herren Dr. Pant und Rosumek wegen der am Sonntag beginnenden „antideutschen Woche“. Die beiden Herren richteten an den Wojewoden die Frage, ob er für ausreichenden Schutz des Lebens und Eigentums der deutschen Minderheit Vorsorge getroffen hätte.

Der Wojewode gab zur Antwort, daß er durch Rundschreiben die nachgeordneten Stellen angewiesen hätte, unbedingt für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Im Falle irgendwelcher Unruhen wären insbesondere die Organe der Wojewodschaftspolizei angewiesen, durchzugreifen und für die Erhaltung der Ordnung Sorge zu tragen.

## Stürmischer Verlauf der Nachsitzung der Generalwahlkommission.

Warschau, 20. Oktober. Die Nachsitzung der Hauptwahlkommission am 18. d. Mts., die bis 4 Uhr morgens dauerte, hatte einen ungemein dramatischen Verlauf. Der „Robotnik“ bringt hierüber folgenden Bericht:

Von der Liste Nr. 1 (BBWR.) wurden formeller Gründe wegen zwei Namen gestrichen, von der Liste Nr. 2 (WSE.) die Namen Smulikowski und Stangrechia und von der Senatsliste der Name Dr. Bobrowski, da alle in der Liste Nr. 1 figurieren und ihre Streichung von der Liste Nr. 2 beantragt hätten. Von der Liste Nr. 2 wurden insgesamt 16 Namen gestrichen und von der Senatsliste außer dem bereits erwähnten Dr. Bobrowski die Namen Szpotanski, Ziolkowski, Lopuska und Kaminski.

### Breiter Nachklang.

Bei der Liste Nr. 4 stieß die Hauptwahlkommission auf große Schwierigkeiten. Wahlkommissar Gizycki legte der Kommission eine ihm von den Gefängnisbehörden in Bresch zugestellte Erklärung vor, deren Rückseite die Notiz enthielt: „Beabsichtige weder für Sejm noch Senat zu kandidieren.“ (—) Dembski.“ Die Kommissionmehrheit nahm diesen Verzicht nicht zur Kenntnis, schrieb aber den Namen Dembski von der Liste, weil der Bevollmächtigte der Liste keine Erklärung Dembskis bezüglich dessen Kandidatur vorgelegt hatte.

Eine lange und zuweilen recht stürmische Aussprache entspann sich bei der Beratung der Staatsliste Nr. 7 (Zentrolinksbund). Die Namen Dr. Putek und Baginski mußte die Kommission von der Liste streichen, da den Akten keine Deklarationen der beiden Genossen beigegeben waren. (Es muß bemerkt werden, daß der vor zwei Tagen ausgegebene amtliche Bericht ausdrücklich versichert hat, daß allen im Breiter Gefängnis Internierten die Möglichkeit gegeben worden sei, die Annahme ihrer Kandidaturen zu erklären.) In den Akten wurde die Deklaration des Herrn Witos sowie eine solche des ehemaligen Sejmabgeordneten Genossen Dr. Liebermann vorgefunden. Der Oberwahlkommissar, Herr Gizycki, erklärt hierbei, er hätte einen Brief erhalten, in dem Herr Witos mitteilt, er habe nicht die Absicht, auf der Staatsliste für den Sejm zu kandidieren. Die Erklärung ist aber auf einem Viertelbogen Papier niedergeschrieben und enthält nicht die Nummer der in Frage kommenden Staatsliste.

In Sachen des Genossen Dr. Liebermann legte der Oberwahlkommissar mehrere Schriftstücke vor. Das erste von dem Genossen Dr. Hermann Liebermann geschriebene und unterschriebene Schriftstück lautet: „Das mir vorgelegte Blankett der Deklaration in Sachen der Aufstellung meiner Sejm kandidatur auf der Staatsliste bin ich nicht in der Lage zu unterschreiben, und zwar aus dem Grunde, weil ich weder die gegenwärtige politische Lage noch die Wahlverhältnisse kenne und daher nicht die Möglichkeit habe, mich für einen so wichtigen Schritt zu entscheiden.“ Das zweite Schriftstück stellt eine mit der Maschine geschriebene Erklärung dar: „... ich bin mit der Aufstellung meiner Kandidatur auf der Liste Nr. 7 nicht einverstanden.“

Dieses Dokument weist jedoch keine Unterschrift auf. Das dritte Schriftstück besagt: „Die endesuntersignierten Offiziere stellen fest, daß Liebermann in ihrer Gegenwart auf seine Kandidatur verzichtet hat.“ Es folgen unleserliche Unterschriften dreier Offiziere. Schließlich verlas Herr Gizycki ein Telegramm der Gefängnisverwaltung in Bresch vom 15. Oktober 1930, wonach Genosse Liebermann auf seine Kandidatur verzichtet. Nach Bekanntgabe dieser „Dokumente“ wurden Fragen gestellt, z. B.:

„Woher stammen die Dokumente, die Sie uns vorgelegt haben?“ Gizycki: „Von der Militärverwaltung bzw. von Oberst Biernacki.“ — „Wann haben Sie die um 2.45 Uhr in Bresch ausgegebene Depesche erhalten?“ Gizycki: „Vor Schluß der Dienstzeit. Die Depesche ist übrigens durch Herrn Hughes übermittelt worden.“ Zusage: „Aber das sind doch keine Dokumente.“ Gizycki: „Für mich genügen sie aber, um Witos und Liebermann zu streichen.“ Zusage: „Das sind für Sie Dokumente? Das sind Papierfetzen!“ Gizycki, auf die Deklaration Dr. Liebermanns hinweisend: „Das ist ein Papierfetzen, denn er ist in blanco, sozusagen aus Gefälligkeit ausgestellt worden.“ Zusage: „Solch ein Fetzchen figuriert in der Liste der W. Piłsudski hat auch eine mit der Maschine geschriebene Deklaration unterzeichnet.“ Gizycki: „Ich mache darauf aufmerksam, daß, wenn Sie die Kandidaturen der Herren Liebermann und Witos anerkennen, das Obergericht die Wahl für ungültig erklären kann.“ Zusage: „Nicht die gesamte Wahl, sondern höchstens die beanstandeten Kandidaturen.“

Nachdem sich sieben Mitglieder von acht für die Beobachtung des Art. 60 der Wahlordnung aussprechen, wird die leidenschaftliche Diskussion unterbrochen, und sowohl der Name Liebermann als auch Vincenty Witos werden auf die Staatsliste des Zentrolinksbunds gesetzt.

## Offenes Bekenntnis.

### Ein Aufruf der Nationalen Partei.

Der Unparteiische Bund der Zusammenarbeit mit der Regierung hatte in Zeitungen, Aufrufen usw. betont, daß er im Einvernehmen mit dem Verbannte zum Schutze der Westmarken an alle polnischen Parteien den Appell gerichtet habe, eine gemeinsame polnische Kandidatenliste aufzustellen, um den Deutschen kein Mandat zukommen zu lassen. Im Zusammenhange damit veröffentlicht die Nationale Partei (Nationaldemokratie) einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Die Mehrzahl der Parteien des Zentrolinksbunds hat von vornherein ihre Teilnahme an einer gemeinsamen Aktion mit der Sanierung abgelehnt und erklärt, daß sie gesondert zur Wahlurne schreiten wollen. Damit ist der Plan einer gemeinsamen Liste aller polnischen Parteien zusammen mit der Sanierung gegenstandslos geworden.“

Das Nationale Lager teilt seinerseits mit, daß es gegen die Deutschen, wie stets, seine ganze Energie und alle seine Einflüsse auf die Wähler werfen wird, daß es aber gerade, um die meisten polnischen Stimmen auf sich zu vereinigen und sie den deutschen Stimmen entgegenzustellen, seine Wahlaktion in den Augen der Volksgemeinschaft durch eine Mitwirkung mit der Sanierung nicht schwächen kann. Denn die Sanierung hatte bei den früheren Wahlen ebenfalls die Parole von der Verteidigung des Polen-tums vor den Deutschen ausgegeben, nachher in der Praxis aber die polnischen nationalen Interessen zugunsten der Deutschen verschachert. (Verzicht auf das Recht der

Liquidation von deutschem Besitz, die weitere Sechsfachmachung von preußischen Anfielern, die Ansiedlung von Deutschen aus dem Reich in Polen.) Die Sanierung hat alle Warnungen des Nationalen Lagers nicht beachtet und gegenüber den Deutschen eine Politik der Schwäche getrieben, die dermaßen frech geworden ist, daß sogar Mitglieder der Deutschen Regierung Polen mit einer Änderung der Grenzen drohen, falls Polen nicht freiwillig dem Reich Pommern zurückgibt. Die Abgeordneten der Sanierung haben die Solidarität der polnischen Abgeordneten der Westgebiete gebrochen, wenn es sich um einen kollektiven Schritt zur Verteidigung der nationalen Güter und gegen deren Abgabe an die Deutschen gehandelt hat. Die Aufrufe haben sie nicht unterzeichnet, dem Protest haben sie sich nicht angeschlossen. Bei den letzten Ergänzungswahlen im Gnesener Bezirk hat sich die Sanierung an dem Kampf mit den Deutschen überhaupt nicht beteiligt und dadurch die Eröberung eines Mandats erleichtert. Die Sanierung hat auf der Staatsliste zum Sejm und zum Senat viele Andersgläubige, Protestanten, Juden und sogar Orthodoxe untergebracht.

Die polnische Bevölkerung ist über diese Tatsachen im höchsten Grade empört und wendet sich von der Sanierung ab. Das Nationale Lager kann sich auch nicht mit der Zentrolinken vereinen, da in ihren Reihen neben anderen Parteien die Polnische Sozialistische Partei, die Wyzwolenie und die Bauernpartei daherschreiten, also Gruppierungen, die der katholischen Kirche, dem Programm der nationalen Politik sowie der gegenwärtigen sozialen Struktur feindlich gesinnt sind. Außerdem befinden sich auf der Liste des Zentrolinksbunds deutsche Sozialisten, die in nationalen und religiösen Fragen ein diametral entgegengesetztes Programm haben.

Der Aufruf schließt mit dem Appell, daß nur der Sieg des nationalen Lagers der polnischen Frage in den Westgebieten einen energischen und wirksamen Schutz sichern könne.“

## Die Liste des Katholischen Volksbunds in Posen für ungültig erklärt.

Die Wahlkommission für die Stadt Posen hat die Nationale Liste sowie die Liste des Regierungsklubs für gültig erklärt, dagegen wurde entsprechend dem Vorschlage des Vorsitzenden die Sejmliste des Katholischen Volksbunds für die Stadt Posen und die Senatsliste des Katholischen Volksbunds für die Wojewodschaft Posen für ungültig erklärt. Beanstandet ist auch die Liste des Katholischen Volksbunds für den Wahlbezirk Posen-Land.

## Hausdurchungen und neue Verhaftungen.

In der Nacht zum Sonntag wurden in allen Ortschaften des Dabrowaer Kohlenreviers Hausdurchungen vorgenommen. Wie die polnischen Blätter melden, sollen bei Mitglidern des Zentralen Vollzugsausschusses der PPS sehr viel Waffen und Munition gefunden worden sein.

In Oberschlesien wurde der ehemalige Abgeordnete des Schlesischen Sejms Motyka verhaftet, Motyka war längere Zeit hindurch verantwortlicher Redakteur der „Gazeta Robotnicza“. Verhaftet wurden ferner in Warschau das Redaktionsmitglied des „Robotnik“ Adam Jbarski, in Suwonice der Sejmabgeordnete der Liste der Arbeiter- und Bauerneinheit, Stanislaw Podrąza, und in Sambor der ehemalige Senator Julian Tatomir (Ukrainischer Klub).

In Dösch in Pommern wurde neulich der Redakteur der „Ziemia Chełmińska“, Abgeordneter-Kandidat aus der Staatsliste der Nationalen Partei, Zbigniew Lukaczynski, wegen einer Injurie verhaftet, in der die Sicherheitsbehörde eine Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen erblickt. In Filiebo verhaftete man am letzten Sonntag den ehemaligen Abgeordneten Piotr Chwalański von der Pfaffenpartei, ferner einen Agitator der Bauernpartei, namens Mendel, unter dem Vorwurf, sich gegen das Gesetz über die „Reinheit der Wahlen“ vergangen zu haben.

## Bannfluch gegen den Zentrolinks-Bund.

Der Bischof von Tomza Lukowski hat an seine Diözesanen einen Hirtenbrief erlassen, in dem er die „Wyzwolenie“, die PPS und die Bauernpartei als umstürzlerische Parteien bezeichnet. U. a. betont der Bischof, daß ein sozialistischer Abgeordneter aus Tomza, der hauptsächlich von Katholiken gewählt wurde, einen Geistlichen von der Sobur-Sekte bestellt, ihm Wohnung und Unterhalt gegeben und die Agitation für seine Sekte erleichtert hätte. Die Anhänger der Wyzwolenie-Partei, so heißt es in dem Hirtenbrief weiter, haben versucht, ganze Dörfer der katholischen Kirche abtrünnig zu machen, und am 24. April 1928, also schon nach den Wahlen, brachten die Abgeordneten der Bauernpartei im Sejm einen Antrag ein, das mit dem Vatikan abgeschlossene Konkordat aufzulösen. Weiter führt der Bischof verschiedene Momente an, die die katholischen Wähler von der feindlichen Einstellung der erwähnten Parteien gegenüber der katholischen Kirche überzeugen sollen. Eine Todesfünde sei es, so schließt der Hirtenbrief, die Stimme für die Kandidaten und auf die Listen gerade dieser Parteien abzugeben.

## Neue Verhaftungen.

Warschau, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In Wysocka Miedzka wurden fünf Kandidaten der kommunistischen Liste wegen staatsfeindlichen Auftretens verhaftet. Wie aus Lemberg gemeldet wird, wurde auf Antrag des Procurators beim Bezirksgericht in Tarnob der frühere Abg. Henryk Kociuska aus Dabrowa, Mitglied der Pfaffen-Partei, unter der Anklage staatsfeindlichen Auftretens verhaftet.

## Weitere Todesurteile im Sowjetreich.

Moskau, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach amtlichen Nachrichten der Tscheka fanden im September annähernd 3000 Sowjetbürger unter der Anklage der Gegenrevolution und der Spekulation mit Lebensmitteln vor Gericht. 2000 Personen von den 3000 wurden nach Sibirien verbannt, 740 zu Gefängnis und 64 zum Tode verurteilt. In nächster Zeit werden der Chef der Exploitationsabteilung der Eisenbahn Moskau — Kurik, Ingenieur Fiołoko, sein Nachfolger, Ingenieur Grigorowicz, und der Leiter des

Betriebs, Ingenieur Rassel, vor Gericht erscheinen, die wegen Sabotage angeklagt sind. Allen den vorstehend Erwähnten droht die Todesstrafe.

## Politische Hochspannung in England.

### Wird das Parlament aufgelöst?

Am 28. Oktober tritt das englische Parlament zusammen, und je mehr sich dieser Augenblick nähert, um so größer wird die Spannung in den maßgebenden politischen Kreisen Englands. Die letzten Vorbereitungen zu großen Ereignissen werden getroffen, alle drei Parteien — glückliches Land, das nur drei Parteien besitzt! — haben ihre Kongresse abgehalten, um wohlgerüstet in die Schlacht zu treten. Gerade diese Parteikongresse haben mit größter Klarheit gezeigt, daß auch England sich in einer akuten politischen Krise befindet.

Die liberale Konferenz in Torquay, die der Konferenz der Labour-Party in Landudno folgte, stand im Zeichen der Auflösung der bürgerlichen Mitte. Die Liberalen, die das Glück haben, in diesem Parlament das Zünglein an der Waage zu sein, wissen zu gut, daß sie im Falle der Neuwahlen — und die Frage der Neuwahlen steht heute in England auf der Tagesordnung — vor einem endgültigen Zusammenbruch stehen, falls kein Wunder geschieht. Nicht umsonst bemühen sie sich seit langem, eine Wahlreform zu erwirken, die ihnen ermöglichen würde, sich über Wasser zu halten. Doch die regierende Arbeiterpartei schien bisher ebensoviele Neigung zu einer ritterlichen Geste per Adresse der Liberalen zu haben, wie schon vor ihr die Konservativen. Im Gegenteil. Die Mehrzahl der Engländer würde die Rückkehr ihres Landes zu dem altbewährten Zweiparteiensystem nur begrüßen. Umso begreiflicher ist es, daß der listige Lord George, immer noch der geschickteste Kopf unter den Radikalen, keine größere Sorge hat, als die Lebensstage dieses Parlaments zu verlängern. So hat er auch auf dem Kongress in Torquay sich zum Programm der Arbeiterregierung bekannt und ihr seine Unterstützung auch für die kommende Zeit versprochen.

Aber in dem Kreise der Arbeiterpartei beginnt man immer deutlicher einzusehen, daß der jetzige Zustand, wo die Arbeiterregierung im Parlament keine entscheidende Mehrheit hat, sondern auf die Duldung seitens der Liberalen und manchmal sogar Konservativen angewiesen ist, nicht länger dauern kann. Die Stunde naht, wo die Labour-Party ihren entscheidenden Kampf mit den Konservativen auskämpfen wird. In diesem Kampf werden die Liberalen nun endgültig zermürbt werden, zermürbt zwischen zwei Fronten, es sei denn, daß plötzlich eine unerwartete Wendung kommt, die den Liberalen unerwartetes Glück bringt.

Die Notwendigkeit, den offenen Kampf mit den Konservativen endlich durchzuführen, ergibt sich für die Arbeiterpartei aus den sich immer mehr verschärfenden Meinungsverschiedenheiten im eigenen Lager. Diese Meinungsverschiedenheiten sind darauf zurückzuführen, daß die Arbeiterregierung als eine Minderheitsregierung keine Handlungsfreiheit besitzt und daher immer wieder in einen Konflikt mit dem Parteiprogramm kommt. Der linksradikale Flügel der Partei nimmt an, daß die Arbeiterpartei zu, wie die Regierung immer weitere Konzessionen an die „Staatsnotwendigkeiten“ zu machen gezwungen ist. Und so kam es, daß die Parteileitung auf dem Kongress in Landudno eine empfindliche Niederlage erlitt, als die Kandidatur der „rechten Hand“ von Macdonald, Thomas, bei den Wahlen des Zentralkomitees der Partei durchfiel und Sir Mosley, Thomas' größter Feind an seine Stelle gewählt wurde. Bekanntlich mußte Sir Mosley seinerzeit aus dem Arbeiterkabinett wegen eines Konfliktes mit dem Staatsiegelbewahrer Thomas ausscheiden. Nun hat ihm der Parteikonarsh recht gegeben. Die Wahl Sir Mosleys war für die Parteileitung ein Warnungszeichen. Man beginnt in den Kreisen der Regierung einzusehen, daß der jetzige Zustand nicht weiter dauern darf: die Regierung muß entweder über die volle Macht verfügen, oder auf die Verantwortung für Staatsgeschäfte verzichten und zurücktreten. Es dürfte daher nicht überraschen, wenn England recht bald, frühestens allerdings nach der Beendigung der Round-Table-Conference (Indien-Konferenz), an die Neuwahlen herantreten würde.

## Deutsches Reich.

### Geld bei Brünung.

Der bayrische Ministerpräsident Dr. Feld hat dem Reichszentraler Dr. Brüning zu einer eingehenden Aussprache über das Finanz- und Reformprogramm der Reichsregierung aufgefordert.

### I. und II. Band schon erschienen.

## Józef Piłsudski Schriften, Reden, Befehle

Sammelausgabe in 8 Bänden.

Ausgabe des Instytut Badania Najnowszej Historji Polski unter der Redaktion von Michał Sokolnicki u. Julian Siachiewicz, Sekretär der Redaktion Władysław Malinowski.  
Verlag der Verlags-Gesellschaft „Polska Zjednoczona“ Warszawa, Nowolipki Nr. 2.

Preis des Ganzen bei Voranzahlung zł 96.—  
in monatlichen Zahlungen à zł 6.—.

**ACHTUNG:** Das Geld darf nur auf das Konto in der P. K. O. Nr. 22902 eingezahlt werden. Niemand ist zum Inkasso irgend welcher Einzahlungen für die Ausgabe berechtigt.

Bestellungen an die  
**Tow. Wydawn. „Polska Zjednoczona“**  
Warszawa, ul. Nowolipki 2. Tel. 540-45 und 2-96.











Am Freitag, dem 17. Oktober 1930, entschlief unerwartet

# Herr Dr. Kazimierz Nowakowski

der langjährige und verdienstvolle stellvertretende Vorsitzende unseres Aufsichtsrates und hinterließ tiefe Trauer und dankbares Andenken bei uns.

Der Aufsichtsrat, Vorstand und Direktion  
der Firma  
**Zakłady Przemysłowe in Niezychowo**  
Sp. z ogr. odp.

11227

Ein sanfter Tod erlöst am Sonntag, dem 19. d. Mts., mittags 12 Uhr, unsere herzengute Schwester, Schwägerin und Tante

## Fräulein Margarete Buchert

von ihrem längeren Leiden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

**Elisa Buchert.**

Bromberg, (Danzigerstraße 156), Berlin, Königsberg in Pr., Memel (Litauen).

Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 23. d. Mts. nachm., 4 Uhr von der Halle des alten evangl. Friedhofes aus statt. 5169

Tintenkuilis Nachfolger  
ist der

**Tintenschreiber**  
zu  
**18.00**

Eignet  
sich ganz vor-  
züglich zum  
Durch-  
schreiben.

Außer-  
ordentlich  
schnelles  
Trocknen der  
Schrift.

In  
5 Sekunden  
gefüllt.  
(Selbstfüller).

**MONT  
BLANC**

Für diejenigen, die keinen Bleistift mehr  
benutzen wollen, weil Tintenschrift besser  
ist, und für diejenigen, welche noch keinen  
Montblanc-Füller mit echter Goldfeder  
kaufen können.

Lieferung gegen Voreinsendung von zł 19.20  
oder Nachnahme durch

**A. DITTMANN T. Z.  
O. P.**  
**BYDGOSZCZ**

Marsz, Focha 45. Telefon 61.

Die glückliche Geburt einer **gesunden Tochter**  
zeigen in dankbarer Freude an

**Otto Jacob u. Frau Edith geb. Boldt.**

z. Zt. Privatklinik Dr. Buttermann,  
Berlin - Spandau. 11235

**Hans Hansen  
Lotte Hansen**

geb. Behrend

geben hiermit ihre vollzogene Vermählung ergebnis-  
bekannt und danken herzlichst für die erwiesenen  
Aufmerksamkeiten.

Bydgoszcz, im Oktober 1930. 5161

Zurück

**Dr. Penner**

Augenarzt

Danzig, Langgasse Nr. 11. 11164

**Foto grafien**  
zu staunend billigen  
Preisen 11216  
sofort mit-  
zunehmen  
**Passbilder  
nur Gdańska 19.**  
Foto-Atelier. Tel. 120.



Rachitis 9644  
Schwindsucht  
Erschöpfung

heilt  
der vitamin-  
kalkhaltige

**BIOCALCOL  
KLAWE**

**!!! Auffallend billige Winterartikel !!!**

**1<sup>95</sup> Zloty** **2<sup>50</sup> Zloty** **2<sup>95</sup> Zloty** **4<sup>95</sup> Zloty** **6<sup>95</sup> Zloty**

Wollstrümpfe K. Unterhosen Schlüpfer Hausschuhe Pullover

**„MERCEDES“, Sp. z O. O. Mostowa 2.**

Hiermit gebe ich zur gefl. Kenntnis,  
dass ich meine Geschäftsräume in  
Bydgoszcz mit dem 21. 10. 1930 auf die

**ul. Gdańska 19**

verlegt habe. Meine Büroräume befinden  
sich weiterhin in der ul. Sniadeckich 56.

**B. Sommerfeld, Bydgoszcz  
Pianofabrik.** 11195

Rinderloses Ehepaar,  
deutschkathol., nimmt  
für eigen an aeg.  
Rind einmalige Ent-  
schädigung, der Erziehung.  
Angeb. unter Ł. 11185  
a. d. Geschäftsst. Arnold  
Ariedte, Grudziadz, erb.

**Hypotheken**

reguliert mit  
gutem Erfolg  
im In- und Ausland

**St. Banaszak,**

Rechtsbeistand  
Bydgoszcz, 10471  
ulica Cieszkowskiego  
(Moltkestr.) 2.  
Telephon 1304.  
Langjährige Praxis.

**A. Rathke & Sohn G. m. Praust**  
b. H.,

Telefon Danzig 28636

Gärtnerei **Baumschulen Samenhandlung**

Areal 75 ha 10660

Sortenrechte **Obstbäume** aller Art

**Koniferen, Rosen, Stauden, Dahlien**

Zollfreie Einfuhr nach Polen. Preisliste kostenfrei.

Gebe Stund. in franzö.  
Sprache u. Konversat.  
Libelta 10. 3 Tr. 5171  
Polnisch Unterr. ert. bill.  
erf. Lehrerin. Off. u. St.  
3. 5076 a. d. Geschft. d. 3.  
Wer nimmt niedlichen  
Seidenspinn. unentgelt-  
lich. Pfl. ? Off. a. Inn. - G.  
Solkendorff, Bom. 5.  
11245

Nach Abschluß meiner Ausbildung durch den  
bekannten Danziger Tanzlehrer Herrn Charles Horsi,  
Danzig, beginne ich Ende Oktober im Civilkasino einen

**Tanz-Kursus.**

Gelehrt werden Jale-Blues, Slow-Fox, Quicksiep,  
Walz-Diagonale, Tango und andere Tänze.  
Anmeldungen täglich von 11-12 und von 5-6 an.

**Srika Kock, Gdańska 56, 1 Tr. I.**

Privatzirkel übernehme jeder Zeit. 11129

**Kacheln**  
beste Qualitäten  
in weiß, braun,  
rot, grün, blau, zu  
billigsten Preisen  
offert  
„Impregnacja“  
Bydgoszcz,  
Lager  
ulica Chodkie-  
wicza 8/18,  
Telef. 1300 u.  
Fabrik Naktó,  
Telef. 58. 9960

**Drahtseile,  
Hanfseile**  
für alle Zwecke liefert  
**B. Muszyński,**  
Seilfabrik, Lubawa.

Mittage, sehr schmack-  
haft, 1,10 zł, empf. Pomor-  
zanta, Pomorzla 47. 4048



**Deutsche Bühne**  
Bydgoszcz, L. 3.  
Freitag, 24. Oktober,  
abends 8 Uhr:  
Neubau! Neubau!  
„Der Mann, der  
seinen Namen  
änderte“.

Schauspiel in 3 Akten.  
von Edgar Wallace.  
Autorisierte deutsche  
Bearbeitung von  
Danz Rothe.  
Eintrittskarten für  
Abonnement Dienstag  
und Mittwoch, freier  
Verkauf Donnerstag  
in Johne's Buchhand-  
lung, Freitag v. 11-1  
und ab 7 Uhr an der  
Theaterkasse. 11246  
Die Zeitung.

Donnerstag, d. 23. Oktober 1930  
um 20 Uhr  
im Civilkasino

**Prof. Hans Bassermann-Weimar**  
Geige

Am Flügel: **Ella Mertins-Danzig-**  
Programm: R. Strauß: Sonate in Es-Dur  
A. Corelli: La Folia, Variationen  
J. S. Bach - Kreisler: Präludium  
Gavotte 11092  
W. A. Mozart: Violinkonzert in D-Dur  
A. Dvorak: Mazurek.  
Blüthner-Konzertflügel der Firma  
B. Sommerfeld, Bydgoszcz.  
Eintrittskarten für Mitglieder 5.-, 4.-,  
3.- zł, für Nichtmitglieder 5.50, 4.50,  
3.50 zł in der Buchhandlung E. Hecht  
Nachf., ul. Gdańska 19.

# KAFFEE HAG

den coffeinfreien Bohnenkaffee. Sie  
werden sich ohne Coffein wohler fühlen und

**ruhiger schlafen.**

trinken heißt: den allerfeinsten Bohnen-  
kaffee genießen, den es überhaupt gibt, und  
dabei Herz und Nerven schonen. Probieren  
Sie einmal 4 Wochen lang KAFFEE HAG,

